

Ufficio Stampa della Provincia autonoma di Trento

Piazza Dante 15, 38122 Trento

Tel. 0461 494614 - Fax 0461 494615

uff.stampa@provincia.tn.it

COMUNICATO n. 1645 del 03/06/2022

Das Regierungsmitglied fordert im Teatro Sociale eine Schuldenunion

Minister Giorgetti: „Energie ist eine Frage der staatsweiten Sicherheit und unerlässlich für die Industrie“

WIRTSCHAFTSFESTIVAL TRIENT – „Die Energiewende ist eine wirtschaftspolitische Frage. Die Preisproblematik begann schon lange vor dem Krieg in der Ukraine, als sich die Staaten für die Dekarbonisierung entschieden. Jetzt stellt sich im Bereich Energie auch die Frage der staatsweiten Sicherheit. Insbesondere ist auf die extreme Belastung zu achten, der einige Wirtschaftsbereiche ausgesetzt sind, denn staatsweite Sicherheit bedeutet gleichzeitig auch die Industrie in Schutz zu nehmen.“ Mit diesen Worten antwortete der Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Giancarlo Giorgetti, auf die Fragen der Journalistin des Sole 24 Ore, Lina Palmerini, im Rahmen einer Veranstaltung im Teatro Sociale des Wirtschaftsfestivals Trient und. Das Regierungsmitglied unter Ministerpräsident Draghi sprach unter anderem über die Energiekrise, die Reduzierung der Lohnnebenkosten, die Rationalisierung des Steuerbonus und den Mindestlohn.

„Italien hat zwei zentrale Probleme: zum einen die Abhängigkeit von den Energiemärkten und zum anderen die Staatsverschuldung. Gegenwärtig müssen wir für Kriegskosten aufkommen und diese sollten wie Kriegsschulden betrachtet werden. Europa sollte – wie beim Wiederaufbauplan – die beträchtlichen, von uns getragenen Kosten für den Freiheitskampf in der Ukraine mit gemeinsamen europäischen Schulden bewältigen“, argumentierte der Minister. Die Frage der Kaufkraft sei laut Giorgetti aktuell, aber er warnte, dass man den Unternehmen keine zusätzlichen Kosten aufbürden könne, weshalb die Frage der Lohnnebenkosten wieder auf die Agenda kommen könnte. „Die eigentliche Anomalie in unserem Land ist, dass der Staat einen großen Teil des Lohns der Arbeitnehmenden für Sozialabgaben und Steuern kassiert. Der Mindestlohn schließlich sollte kein Tabuthema sein, aber man muss sehen, wie er umgesetzt wird. Derzeit hat allerdings die Erholung der Kaufkraft Vorrang, denn die Löhne in Italien sind niedrig: das ist eine unbestreitbare Tatsache“. Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung äußerte demnach den Wunsch, dass die verschiedenen in der Regierung vertretenen politischen Kräfte mit ihren unterschiedlichen Standpunkten Verantwortungssinn zeigen und sämtliche Formen des Steuerbonus einer Rationalisierung unterziehen. Allem voran der Superbonus für energetische Sanierung sollte geregelt und abgestuft werden. Er war ein wertvolles Instrument, um die Wirtschaft während der Pandemie anzukurbeln, doch er kann nicht uneingeschränkt an alle gewährt werden. Hinsichtlich des Bürgergeldes räumte der Minister ein, dass es sich um ein heikles Thema handle, doch es dürfe nicht sein, dass die Unternehmer keine Mitarbeiter finden. Wer also zwei Mal eine Beschäftigung ablehnt, sollte das Recht auf das Bürgergeld verlieren.

(us)